

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport	Datum 23.10.2008
	Schriftführer Herr Fedder
	Telefon-Nr. 02202/14-2865
Niederschrift	
Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am Dienstag, 9. September 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:31 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 03.06.2008 - öffentlicher Teil - 512/2008**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Abschlussbericht des Projektes "Selbstständige Schule" 477/2008**

7. **Jahresbericht des Galerie und Schlossverein**
513/2008
8. **Unterstützung der Schulen in die Eigenverantwortlichkeit**
536/2008
9. **Regionales Bildungsnetzwerk**
487/2008
10. **Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach an dem Förderprogramm des Landes
"1.000 Schulen"**
507/2008
11. **Bericht über die Sanierung von Grundschulen**
516/2008
12. **Abschlussbericht des Jugendkulturprojektes 2008
"Ansichten unserer Stadt mit den Augen der Jugend"**
483/2008
13. **Abschlussbericht des Hexenprojektes**
485/2008
14. **Jahresberichte 2007 der Bürgerzentren Steinbreche und Schildgen**
514/2008
15. **Annahme von Schenkungen an der Städtischen Galerie Villa Zanders**
499/2008
16. **Aktualisierung der "Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadtbücherei /
Bildstelle der Stadt Bergisch Gladbach"**
497/2008 - 1
17. **Erstellung eines Sportentwicklungsplanes**
481/2008
18. **"Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen
durch die Stadt Bergisch Gladbach"**
500/2008
19. **Antrag der FDP-Fraktion vom 16.08.2008 zur Nutzung der alten Feuerwache**
540/2008
20. **Antrag der FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Sitzes für den
Stadtssportverband im ABKSS**
538/2008
21. **Antrag der FDP-Fraktion vom 25.08.2008 zur Erstellung eines Konzeptes für die
Nutzung der städt. Sporthallen in den Ferien**
539/2008

- 22. Anträge der Fraktionen**
- 23. Anfragen der Ausschussmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
- 2. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4. Besetzung von Funktionsstellen an städtischen Schulen
414/2008**
- 5. Anträge der Fraktionen**
- 6. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Er begrüßt den Kämmerer Herrn Mumdey, die Ausschussmitglieder, die Bürgerinnen und Bürger, die Presse, von der Verwaltung Herrn Dr. Speer und seine Mitarbeiter sowie Frau Lenz-Reichwein und Herrn Herweg. Herr Dr. Miede begrüßt die Vertreter der selbständigen Schulen, die – falls notwendig – zu Tagesordnungspunkt 6 zur Verfügung stehen. Weiter begrüßt Herr Dr. Miede Frau Corts, die Vertreter der Beiräte und der Kirchen.

Er stellt fest, dass der Ausschuss frist- und formgerecht eingeladen wurde.

Herrn Cüpper wird von Frau Reudenbach und Herr Pfarrer Schneider von Frau Appel vertreten.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Herr Dr. Speer erklärt, zu Tagesordnungspunkt A 12 der Niederschrift müsse der Textbaustein ausgetauscht werden. Dieser liege als Tischvorlage vor.

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 03.06.2008 - öffentlicher Teil -

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Dr. Miede erklärt, dass auf Wunsch der Fraktionen im Einvernehmen mit Frau Bendig die „Richtlinien zu den Offenen Ganztagschulen“ von der Tagesordnung abgesetzt wurden, da die Fraktionen weiteren Beratungsbedarf haben. Dieser Punkt soll in der nächsten Sitzung im November beraten werden.

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Mumdey teilt mit, dass es sich auf Grund der Erfahrungen aus dem Probebetrieb der Bücherei Bensberg unter neuer Trägerschaft noch am alten Standort gezeigt habe, dass es für den Betrieb der Bücherei besser ist, anstelle der Gestellung eines Diplom-Bibliothekars das Modell „Geld statt Stelle“ anzuwenden. Der Verein erhält den finanziellen Gegenwert einer Stelle, um selbst Personal einzustellen. Für den städtischen Haushalt bedeute dies keine Mehrbelastung. 2009 scheiden im Bereich der Bücherei zwei Kolleginnen aus.

Die Verwaltung beabsichtigt im Einvernehmen mit dem Progymnasium den Vertrag entsprechend anzupassen; die Grundbestandteile des Vertrages bleiben erhalten.

Herr Dr. Speer verweist auf die verteilte Einladung von Herrn Pfennings zum Theaterstück „Wegen der Ehre“ am 18.09. im Bergischen Löwen sowie die Ausstellung des Landschaftsverbandes im Papiermuseum „Alte Dombach“. Herr Herweg hat dem Ausschuss aus dem Bereich der Musikschule ebenfalls Informationen zukommen lassen.

Abschlussbericht des Projektes **"Selbstständige Schule"**

Herr Dr. Speer verweist darauf, dass das Projekt mit dem 31.07.2008 zu Ende gegangen ist. In der letzten Ausschusssitzung wurden Teile aus diesem Bereich vorgestellt. In der heutigen Sitzung wollte die Verwaltung die offiziellen Abschlussberichte präsentieren. Dazu wurde mit den Sitzungsunterlagen der Bericht aus der Modellregion Bergisches Land verteilt. Als Tischvorlage wurde der Abschlussbericht der Bertelsmann-Stiftung ausgelegt, der das Projekt landesweit darstellt. Von allen selbstständigen Schulen sind die Schulleiterinnen und Schulleiter bzw. ihre Vertreter anwesend, um Anfragen aus dem Ausschuss beantworten zu können. Im Einzelnen sind Herr Knoch vom Otto-Hahn-Gymnasium, Herr Hoffmann von der Wilhelm-Wagener-Schule, Frau Rütten-Rickers von der Realschule Herkenrath, Herr Dr. Roider vom Albertus-Magnus-Gymnasium und Frau Bahr-Müller von der Gemeinschaftsgrundschule Bensberg anwesend.

Herr Schneeloch verweist seitens der SPD-Fraktion auf das überdurchschnittliche und vorbildliche Engagement der Schulen und der beteiligten Lehrer. Ziel sei eine bessere Unterrichtsqualität gewesen. Er bedankt sich auch bei Herrn Dr. Speer als Geschäftsführer der regionalen Steuergruppe für sein außerordentliches Engagement. Es hätten sich einige Fragen ergeben, die sich am regionalen Abschlussbericht orientieren:

1. Auf Seite 5 ist die Dienstvorgesetzteneigenschaft in der selbstständigen Schule angesprochen. Er möchte wissen, was genau darunter zu verstehen ist. Insbesondere interessiert ihn,

- ob ein Schulleiter selbständig Arbeitsverträge mit befristet angestellten Lehrern schließt,
- ob der Schulleiter Kollegen, die sich anderweitig bewerben, in Form eines Gutachtens beurteilt und
- ob die Dienstvorgesetzteneigenschaft auch die Disziplinalgewalt umfasst.

Herr Roider erklärt unter Hinweis auf den Bericht, seinerzeit wurden die Schulleiter vor die Frage gestellt, wann sie die Dienstvorgesetzteneigenschaft übernehmen wollen. Viele Schulen hätten sich für einen frühen Einstieg entschieden. Parallel dazu wurden fundierte Fortbildungen durchgeführt, zumal diese Aufgaben nicht zum klassischen Aufgabenkreis eines Schulleiters gehören. Er habe die Fortbildungen als sehr fruchtbar und hilfreich empfunden.

Die Schulleiter würden die Verträge in der Tat unterschreiben. Sie würden durch die Schulleitungen vorbereitet, von der Bezirksregierung Köln geprüft und unterschriftsreif zurückgeschickt.

Ähnliches gelte auch für dienstliche Beurteilungen. Am Ende der Probezeit und beim ersten Beförderungssamt müsse die Schulleitung eine Beurteilung vornehmen. Auch dazu erfolgten Fortbildungen und Hinweise. Ihm seien in diesem Bereich keine Beanstandungen bekannt. Die Schulaufsicht habe für eine Vergleichbarkeit, soweit diese überhaupt möglich ist, gesorgt.

Die Disziplinalgewalt beschränke sich auf mündliche und allenfalls auf schriftliche Abmahnungen. Alles Weitere sei Angelegenheit der Schulaufsicht/Bezirksregierung Köln. Derlei Probleme treten in der Region auch nur sehr selten auf.

2. Auf Seite 9 des Berichtes wird erwähnt, dass eine Ausweitung des Projektes in der

Region an der mangelnden Bereitschaft der übrigen Kommunen scheiterte. Herr Schneeloch möchte wissen, warum dies so sei.

Auf Seite 13 wird auf eine Fortbildung zum Schulethos im Schuljahr 2007 hingewiesen. Seine Fraktion erbitte zu dieser Fortbildung weitere Informationen.

Herr Dr. Speer erklärt, beim Start der selbständigen Schule 2002 sei außer der Gemeinde Odenthal und der Stadt Bergisch Gladbach keine Kommune des Rheinisch-Bergischen Kreises bereit gewesen, an dem Modellprojekt teilzunehmen. Dies hatte zum Teil politische Hintergründe. In manchen Kommunen hätten sich keine Schulen für das Projekt interessiert.

Herr Roider führt zur angesprochenen Fortbildung aus, in der Schule habe die Diskussion begonnen, auf welcher Basis gesellschaftlicher Erwartungen im AMG und seiner Umgebung gearbeitet würde. Dabei ging es um die Frage, welche Wertvorstellungen noch bestehen und welche sich gewandelt hätten, welche Wertvorstellungen sowohl von außen als auch aus der Schülerschaft auf die Schule Einfluss nehmen. Gefragt wurde auch nach stillschweigenden Vereinbarungen und danach, wo solche Vorstellungen abbröckeln. Bei der Beantwortung dieser Fragen erfuhr das AMG die Hilfe des Philosophen Herrn Dr. Achenbach.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich frühere moralische Grundsätze verschoben und an Wert verloren hätten. In schulische Auseinandersetzungen gelte als letzte allgemein anerkannte Instanz, was z. B. ein Gericht als Urteil verkünde. Was früher als leicht vereinbar galt, erfreue sich heute sehr unterschiedlicher Wertschätzung.

Die Schüler wurden befragt, welche Veränderungen sie in der Schule im Hinblick auf Standards, die sich von Werten ableiten lassen, möchten. Dies habe zu Bemühungen geführt, Änderungen herbeizuführen mit dem Ziel, dass die Schule wieder akzeptiert wird.

3. Herr Schneeloch möchte wissen, wie sich die auf Seite 17 erwähnten Stammklassen des Otto-Hahn-Gymnasiums mit der Einführung der achtjährigen Gymnasialzeit vereinbaren lassen. Außerdem möchte er wissen, ob die Stammklassen nur in der 11.I oder auch in der 11.II bestehen und wie der Übergang in die normale Form der Oberstufe funktioniert.

Dazu erklärt Herr Knoch, die Einrichtung von Stammklassen sei kein zeitliches Problem. Eines der Förderkonzepte des OHG bestehe in der Integration von Realschülern in die gymnasiale Oberstufe. Sie werden in zwei Realschulklassen zusammengefasst. Sie erhalten, solange die gymnasiale Ausbildung noch neun Jahre dauere, während der gesamten Jahrgangsstufe 11 mehr Unterricht in Deutsch, Englisch und Mathematik. Die Schüler werden dabei in identischen Gruppen unterrichtet. Am Ende der Jahrgangsstufe 11 können die Realschüler in fairer Konkurrenz mit den Gymnasiasten Leistungskurse wählen.

Diese Vorgehensweise muss durch das verkürzte Schulsystem nicht geändert werden., weil das fehlende Schuljahr in der Sekundarstufe I wegfällt. Die Stammklassen werden zukünftig in der neuen Jahrgangsstufe 10 angeboten.

4. Herr Schneeloch begrüßt die Berufswahlorientierung und -vorbereitung in den Jahrgangsstufen 8 bis 10 der Realschule Herkenrath, die dort intensiv betrieben wird. In der Realschule Herkenrath wird schon immer ein sehr enger Kontakt zur Praxis und zum Berufsleben geknüpft.

Frau Rütten-Rickers bestätigt, dass diese Praxis seit der Zeit Herrn Schneelochs noch immer bestehe und sogar ausgeweitet wurde. Es würden Workshops durchgeführt und Berufswahlorientierungstage jeweils für die Jahrgangsstufe 9 oder 10 angeboten.

5. Herrn Schneelochs nächste Frage betrifft die Gemeinschaftsgrundschule Bensberg. Auf Seite 26 wird u. a. über den Einsatz der Leßmann-Kartei berichtet. Diese Kartei dient der Erlernung der Rechtschreibung. Herr Schneeloch möchte wissen, ob diese Kartei verbindlich in den Unterricht eingebaut und ob sie als alleiniges Unterrichtsmaterial eingesetzt wird.
- Frau Bahr-Müller erklärt, die Kartei sei nicht nur ein Freiarbeitsmaterial. Die Lehrerkonferenz ihrer Schule habe sich verpflichtend über den Einsatz geeinigt. Da der Einsatz der Kartei voraussetze, lesen zu können, werde die Kartei in der ersten Klasse am wenigsten eingesetzt. In den Klassen 3 und 4 wird dieses Material mindestens eine Stunde pro Woche eingesetzt.
6. Herr Schneeloch verweist auf Seite 31, auf der über eine intensive Berufsvorbereitung der Wilhelm-Wagener-Schule berichtet wird. Herr Hoffmann berichtet, der Übergang Schule-Beruf habe wesentlich mit dem Selbstverständnis der Wilhelm-Wagener-Schule zu tun. Ein Großteil der Kinder und Jugendlichen erreicht keinen Hauptschulabschluss, sodass auf anderem Wege erreicht werden muss, den Übergang Schule-Beruf zu bewältigen. Das Projekt Selbständige Schule habe dabei weiter geholfen. Durch die Kapitalisierungsbeträge konnten Handwerker beschäftigt werden, was ganz wesentlich zum Erfolg beigetragen und der Schule die Möglichkeit gegeben habe, Aufgaben zu übernehmen, über deren Übernahme in der Allgemeinheit noch gestritten werde. Den ständig neuen Projekten der Arbeitsagentur konnte teilweise entgegengewirkt werden. Herrn Hoffmann ist es wichtig, Projekte mit einer langen Perspektive zu entwickeln. Er kritisiert die Eigenverantwortliche Schule, da wesentliche Elemente (z. B. Kapitalisierung) fehlen.

Herr Dr. Miede betont die Notwendigkeit für die Ausschussmitglieder, deutlich zu machen, wie wichtig der Ansatz der Selbständigen Schule war und wie erfolgreich die unterschiedlichen Schulen gearbeitet haben. Der Erfolg der Selbständigen Schule solle dem Schulausschuss Verpflichtung für die Eigenverantwortliche Schule sein. Er dankt den anwesenden Schulleitern und erklärt, der Ausschuss stehe den Beteiligten jederzeit zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

7 Jahresbericht des Galerie und Schlossverein

Herr Kleine begrüßt den Bericht. Erstaunt sei er über das hohe Maß an Arbeit, dass hinter der Tätigkeit des Vereins stecke. Er möchte wissen, ob das Kernteam zukünftig entlastet werden könne. Der Einsatz des Kernteams verdiene Lob und Dank. Auch die zahlreichen Förderer verdienen Anerkennung.

Als sehr positiv empfinde er die Einbindung des Galerie und Schlossvereins in die regionale 2010.

Frau Beisenherz-Galas schließt sich diesen Ausführungen an und bedankt sich

ebenfalls für den Einsatz des Galerie und Schlossvereins. Die Stadt könne eigentlich in diesem Ausmaß kein ehrenamtliches Engagement erwarten. Daher spricht sie sich für Überlegungen aus, wie die Stadt den Verein unterstützen könne.

Herr Mönkes erklärt, auch die CDU-Fraktion sei von dem ehrenamtlichen Engagement sehr angetan. Seines Wissens werde erstmalig eine Übersicht über die durchgeführten Veranstaltungen vorgelegt. An dieser Übersicht zeigt sich, wie viel museumspädagogische Arbeit geleistet wird, insbesondere mit Kindern und Jugendlichen. Darin sehe er eine wesentliche Erweiterung des Angebotes, für das die Villa Zanders zur Verfügung steht.

Frau Lehnert schließt sich den vorangegangenen Wortmeldungen an. Der Verein mahne einen großen Vernetzungsbedarf im Rahmen der Ausgestaltung der regionale 2010 an. Ihre Frage, wo der Ausschuss in dieser Sache unterstützend tätig werden könne, beantwortet Frau Corts dahingehend, dass die regionale 2010 nicht nur die Städtebauförderung des Landes beinhalte, sondern auch das Privatinvest anspricht. In diesem Bereich würde der Verein gerne als Vermittler auftreten.

Allgemein bedankt sich Frau Corts für die Ausführungen des Ausschusses. Das Engagement verlange allen Ehrenamtlern viel ab. Sie freue sich über jedes gelungene Jahr; ob das jeweils laufende Jahr genauso erfolgreich verlaufe, könne sie jedoch nicht absehen.

Eine Möglichkeit der Unterstützung bestehe im Besuch der Veranstaltungen; auch die Eintrittsgelder würden vom Verein gebraucht. Weitere Abstriche an den noch vorhandenen Strukturen seien nicht hinnehmbar.

Frau Koshofer ist der Auffassung, der Ausschuss werde die von Frau Corts genannten Aspekte im Auge behalten. Sie bedankt sich ebenfalls für den geleisteten Einsatz.

Herr Dr. Miede wünscht dem Verein für seine Arbeit viel Erfolg; der Ausschuss wolle sich im Rahmen seiner Möglichkeiten einbringen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Unterstützung der Schulen in die Eigenverantwortlichkeit

Herr Dr. Speer verweist darauf, dass das Projekt mit dem 31.07.2008 zu Ende gegangen ist. In der letzten Ausschusssitzung wurden Teile aus diesem Bereich vorgestellt. In der heutigen Sitzung wollte die Verwaltung die offiziellen Abschlussberichte präsentieren. Dazu wurde mit den Sitzungsunterlagen der Bericht aus der Modellregion Bergisches Land verteilt. Als Tischvorlage wurde der Abschlussbericht der Bertelsmann-Stiftung ausgelegt, der das Projekt landesweit darstellt. Von allen selbständigen Schulen sind die Schulleiterinnen und Schulleiter bzw. ihre Vertreter anwesend, um Anfragen aus dem Ausschuss beantworten zu können. Im Einzelnen sind Herr Knoch vom Otto-Hahn-Gymnasium, Herr Hoffmann

von der Wilhelm-Wagener-Schule, Frau Rütten-Rickers von der Realschule Herkenrath, Herr Dr. Roider vom Albertus-Magnus-Gymnasium und Frau Bahr-Müller von der Gemeinschaftsgrundschule Bensberg anwesend.

Herr Schneeloch verweist seitens der SPD-Fraktion auf das überdurchschnittliche und vorbildliche Engagement der Schulen und der beteiligten Lehrer. Ziel sei eine bessere Unterrichtsqualität gewesen. Er bedankt sich auch bei Herrn Dr. Speer als Geschäftsführer der regionalen Steuergruppe für sein außerordentliches Engagement. Es hätten sich einige Fragen ergeben, die sich am regionalen Abschlussbericht orientieren:

2. Auf Seite 5 ist die Dienstvorgesetzteneigenschaft in der selbständigen Schule angesprochen. Er möchte wissen, was genau darunter zu verstehen ist. Insbesondere interessiert ihn,
 - ob ein Schulleiter selbständig Arbeitsverträge mit befristet angestellten Lehrern schließt,
 - ob der Schulleiter Kollegen, die sich anderweitig bewerben, in Form eines Gutachtens beurteilt und
 - ob die Dienstvorgesetzteneigenschaft auch die Disziplinalgewalt umfasst.

Herr Roider erklärt unter Hinweis auf den Bericht, seinerzeit wurden die Schulleiter vor die Frage gestellt, wann sie die Dienstvorgesetzteneigenschaft übernehmen wollen. Viele Schulen hätten sich für einen frühen Einstieg entschieden. Parallel dazu wurden fundierte Fortbildungen durchgeführt, zumal diese Aufgaben nicht zum klassischen Aufgabenkreis eines Schulleiters gehören. Er habe die Fortbildungen als sehr fruchtbar und hilfreich empfunden.

Die Schulleiter würden die Verträge in der Tat unterschreiben. Sie würden durch die Schulleitungen vorbereitet, von der Bezirksregierung Köln geprüft und unterschriftsreif zurückgeschickt.

Ähnliches gelte auch für dienstliche Beurteilungen. Am Ende der Probezeit und beim ersten Beförderungssamt müsse die Schulleitung eine Beurteilung vornehmen. Auch dazu erfolgten Fortbildungen und Hinweise. Ihm seien in diesem Bereich keine Beanstandungen bekannt. Die Schulaufsicht habe für eine Vergleichbarkeit, soweit diese überhaupt möglich ist, gesorgt.

Die Disziplinalgewalt beschränke sich auf mündliche und allenfalls auf schriftliche Abmahnungen. Alles Weitere sei Angelegenheit der Schulaufsicht/Bezirksregierung Köln. Derlei Probleme treten in der Region auch nur sehr selten auf.

2. Auf Seite 9 des Berichtes wird erwähnt, dass eine Ausweitung des Projektes in der Region an der mangelnden Bereitschaft der übrigen Kommunen scheiterte. Herr Schneeloch möchte wissen, warum dies so sei.

Auf Seite 13 wird auf eine Fortbildung zum Schulethos im Schuljahr 2007 hingewiesen. Seine Fraktion erbitte zu dieser Fortbildung weitere Informationen.

Herr Dr. Speer erklärt, beim Start der selbständigen Schule 2002 sei außer der Gemeinde Odenthal und der Stadt Bergisch Gladbach keine Kommune des Rheinisch-Bergischen Kreises bereit gewesen, an dem Modellprojekt teilzunehmen. Dies hatte zum Teil politische Hintergründe. In manchen Kommunen hätten sich keine Schulen für das Projekt interessiert.

Herr Roider führt zur angesprochenen Fortbildung aus, in der Schule habe die Diskussion begonnen, auf welcher Basis gesellschaftlicher Erwartungen im AMG und seiner Umgebung gearbeitet würde. Dabei ging es um die Frage, welche Wertvorstellungen noch bestehen und welche sich gewandelt hätten, welche Wertvorstellungen sowohl von außen als auch aus der Schülerschaft auf die

Schule Einfluss nehmen. Gefragt wurde auch nach stillschweigenden Vereinbarungen und danach, wo solche Vorstellungen abbröckeln. Bei der Beantwortung dieser Fragen erfuhr das AMG die Hilfe des Philosophen Herrn Dr. Achenbach.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich frühere moralische Grundsätze verschoben und an Wert verloren hätten. In schulische Auseinandersetzungen gelte als letzte allgemein anerkannte Instanz, was z. B. ein Gericht als Urteil verkünde. Was früher als leicht vereinbar galt, erfreue sich heute sehr unterschiedlicher Wertschätzung.

Die Schüler wurden befragt, welche Veränderungen sie in der Schule im Hinblick auf Standards, die sich von Werten ableiten lassen, möchten. Dies habe zu Bemühungen geführt, Änderungen herbeizuführen mit dem Ziel, dass die Schule wieder akzeptiert wird.

3. Herr Schneeloch möchte wissen, wie sich die auf Seite 17 erwähnten Stammklassen des Otto-Hahn-Gymnasiums mit der Einführung der achtjährigen Gymnasialzeit vereinbaren lassen. Außerdem möchte er wissen, ob die Stammklassen nur in der 11.I oder auch in der 11.II bestehen und wie der Übergang in die normale Form der Oberstufe funktioniert.

Dazu erklärt Herr Knoch, die Einrichtung von Stammklassen sei kein zeitliches Problem. Eines der Förderkonzepte des OHG bestehe in der Integration von Realschülern in die gymnasiale Oberstufe. Sie werden in zwei Realschulklassen zusammengefasst. Sie erhalten, solange die gymnasiale Ausbildung noch neun Jahre dauere, während der gesamten Jahrgangsstufe 11 mehr Unterricht in Deutsch, Englisch und Mathematik. Die Schüler werden dabei in identischen Gruppen unterrichtet. Am Ende der Jahrgangsstufe 11 können die Realschüler in fairer Konkurrenz mit den Gymnasiasten Leistungskurse wählen.

Diese Vorgehensweise muss durch das verkürzte Schulsystem nicht geändert werden., weil das fehlende Schuljahr in der Sekundarstufe I wegfällt. Die Stammklassen werden zukünftig in der neuen Jahrgangsstufe 10 angeboten.

4. Herr Schneeloch begrüßt die Berufswahlorientierung und -vorbereitung in den Jahrgangsstufen 8 bis 10 der Realschule Herkenrath, die dort intensiv betrieben wird. In der Realschule Herkenrath wird schon immer ein sehr enger Kontakt zur Praxis und zum Berufsleben geknüpft.

Frau Rütten-Rickers bestätigt, dass diese Praxis seit der Zeit Herrn Schneelochs noch immer bestehe und sogar ausgeweitet wurde. Es würden Workshops durchgeführt und Berufswahlorientierungstage jeweils für die Jahrgangsstufe 9 oder 10 angeboten.

5. Herrn Schneelochs nächste Frage betrifft die Gemeinschaftsgrundschule Bensberg. Auf Seite 26 wird u. a. über den Einsatz der Leßmann-Kartei berichtet. Diese Kartei dient der Erlernung der Rechtschreibung. Herr Schneeloch möchte wissen, ob diese Kartei verbindlich in den Unterricht eingebaut und ob sie als alleiniges Unterrichtsmaterial eingesetzt wird.

Frau Bahr-Müller erklärt, die Kartei sei nicht nur ein Freiarbeitsmaterial. Die Lehrerkonferenz ihrer Schule habe sich verpflichtend über den Einsatz geeinigt. Da der Einsatz der Kartei voraussetze, lesen zu können, werde die Kartei in der ersten Klasse am wenigsten eingesetzt. In den Klassen 3 und 4 wird dieses Material mindestens eine Stunde pro Woche eingesetzt.

7. Herr Schneeloch verweist auf Seite 31, auf der über eine intensive Berufsvorbereitung der Wilhelm-Wagener-Schule berichtet wird. Herr Hoffmann berichtet, der Übergang Schule-Beruf habe wesentlich mit dem Selbstverständnis der Wilhelm-Wagener-Schule zu tun. Ein Großteil der Kinder und Jugendlichen

erreicht keinen Hauptschulabschluss, sodass auf anderem Wege erreicht werden muss, den Übergang Schule-Beruf zu bewältigen. Das Projekt Selbständige Schule habe dabei weiter geholfen. Durch die Kapitalisierungsbeträge konnten Handwerker beschäftigt werden, was ganz wesentlich zum Erfolg beigetragen und der Schule die Möglichkeit gegeben habe, Aufgaben zu übernehmen, über deren Übernahme in der Allgemeinheit noch gestritten werde. Den ständig neuen Projekten der Arbeitsagentur konnte teilweise entgegengewirkt werden. Herrn Hoffmann ist es wichtig, Projekte mit einer langen Perspektive zu entwickeln. Er kritisiert die Eigenverantwortliche Schule, da wesentliche Elemente (z. B. Kapitalisierung) fehlen.

Herr Dr. Miede betont die Notwendigkeit für die Ausschussmitglieder, deutlich zu machen, wie wichtig der Ansatz der Selbständigen Schule war und wie erfolgreich die unterschiedlichen Schulen gearbeitet haben. Der Erfolg der Selbständigen Schule solle dem Schulausschuss Verpflichtung für die Eigenverantwortliche Schule sein. Er dankt den anwesenden Schulleitern und erklärt, der Ausschuss stehe den Beteiligten jederzeit zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bergisch Gladbacher Schulen auf dem Weg zur eigenverantwortlichen Schule im dargestellten Sinne zu unterstützen.

9 **Regionales Bildungsnetzwerk**

Herr Dr. Speer erläutert die Vorlage. Währenddessen wird den Ausschussmitgliedern in Kopie der Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Rheinisch-Bergischen Kreis zur Entwicklung eines Bildungsnetzwerks verteilt. *(Dieser Kooperationsvertrag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)*

Das Land Nordrhein-Westfalen hat als Folgeprojekt zur selbständigen Schule die „Entwicklung von regionalen Bildungsnetzwerken“ gestartet. Kooperationspartner des Landes können nur kreisfreie Städte und Kreise werden. Der Landrat habe im Juni den Kooperationsvertrag unterschrieben. Bei der Bildung des Bildungsnetzwerkes gibt es eine regionale Bildungskonferenz, in der alle Akteure, die sich für Bildung interessieren, vertreten sind. Diese Bildungskonferenz soll Beschlussempfehlungen geben.

Der Arbeitsfähigkeit der Bildungskonferenz dient der Lenkungskreis, der paritätisch besetzt ist. Er umfasst vier Vertreter der Schulen und vier Vertreter (je zwei vom Land und vom Kreis) der Projektträger. Weiterhin gibt es vier Vertreter der kommunalen Schulträger.

Drittes Element sei das regionale Bildungsbüro, das beim Kreis unterhalten wird und mit einer vom Land bezahlten Lehrerstelle und einer vom Kreis bezahlten Verwaltungskraft ausgestattet ist. Das Bildungsbüro soll die operative Arbeit

erledigen.

Der Kooperationsvertrag sieht vor, dass die kreisangehörigen Kommunen mit dem Kreis Absprachen oder Kooperationsverträge abschließen können. Die Stadt Bergisch Gladbach und die Gemeinde Odenthal würden gerne eine Vereinbarung mit dem Kreis schließen.

Herr Dr. Speer kündigt für die November-Sitzung dieses Ausschusses eine Beschlussvorlage zu diesem Thema an.

Herr Dr. Miede spricht sich für diese Vorgehensweise aus.

Herr Heimann weist darauf hin, dass er sich auf Kreisebene ebenfalls mit diesem Thema befasse. In den umlaufenden Vertragsentwürfen komme der Stadt Bergisch Gladbach mit den Erfahrungen der selbständigen Schule eine gesicherte und dominante Rolle auch hinsichtlich der Gremienstruktur zu.

10 Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach an dem Förderprogramm des Landes "1.000 Schulen"

Herr Mönkes begrüßt für die CDU-Fraktion grundsätzlich diese Initiative. Er ist jedoch darüber verwundert, dass Realschulen und Gymnasien einerseits der Möglichkeit, einen gebundenen Ganzttag einzurichten, reserviert gegenüber stehen, andererseits aber an ihren Standorten Ergänzungen für die Übermittagbetreuung fordern. Darin sieht er einen Widerspruch, der vor einem Beschluss über weit reichende finanzielle Auswirkungen von den Schulen aufzulösen sei. Besonders die Gymnasien müssten mit ihrem Stundenplan weit in den Nachmittag hineingehen.

Herr Schneeloch schließt sich für die SPD-Fraktion diesen Ausführungen an. Darüber hinaus möchte er unter Hinweis auf die umzusetzenden Baumaßnahmen wissen, in welchem Verhältnis die drei Punkte auf Seite 32 der Einladung zueinander stehen.

Dazu erklärt Herr Dr. Speer, hinter den drei angesprochenen Spiegelstrichen verbergen sich die drei Erlasse zum Ganztagsprogramm.

Der erste Erlass befasst sich mit der Einrichtung echter Ganzttagsschulen. Dieser Erlass sei nicht mit dem dritten Erlass zur Übermittagbetreuung (Ersatz für Dreizehn plus) kombinierbar. Beide Erlasse für sich benötigen den zweiten Erlass. In jedem Fall müssen die Schulen überprüft werden, inwieweit sie einen echten oder einen partiellen Ganzttag anbieten können.

Mit der Verkürzung der Schulzeit würden mehr als dreißig Wochenstunden unterrichtet. An einen oder an zwei Nachmittagen müsse ebenfalls unterrichtet werden. Auch wenn Schulen keinen echten Ganzttag anbieten, müssten sie den Schülern eine Aufenthaltsmöglichkeit während der Pause bieten. Das Land habe inzwischen einen Erlass herausgegeben, dass die Schulen bei einem Unterricht über die sechste Stunde hinaus nach der fünften oder nach der sechsten Stunde eine 60-

minütige Pause einlegen müssen.

Für den echten Ganzttag seien die Erlassbedingungen sehr rigoros. Die Schulen müssten mindestens vier Nachmittage bis 16.30 Uhr Unterricht bzw. Betreuung anbieten. Dafür bekommen sie nur einen 20 %-igen Lehrerzuschlag. Die Möglichkeit zur Kapitalisierung sei noch sehr vage.

Beim partiellen Ganzttag bekommen die Schulen je nach Größe Geld und können mit Hilfe von Partnern versuchen, ein Übermittag-Betreuungsangebot aufzustellen. Der Verwaltung liegen Anfragen vor, ob Träger der freien Jugendhilfe die Schulleitungen unterstützen können. Auf beiden Seiten sei das Interesse groß.

Herr Dr. Miede verweist auf die unterschiedlichen Anforderungen z. B. an die Ausstattung mit Fachräumen oder das Kursangebot, aufgrund dessen sich alle weiterführenden Schulen an allen Nachmittagen im Ganzttag befinden. Er spricht sich trotz der vorgetragenen Bedenken für die vorgeschlagene Beschlussfassung aus, damit die Stadt nicht am Ende ohne Geld dastehe.

Frau Beisenherz-Galas hält das Vorhaben für unterstützenswert, wie es auch für den partiellen Ganzttag gilt. Auf ihre Frage erklärt Herr Dr. Speer, die Schulpauschale sei eine Zuweisung des Landes an den Schulträger. Die Schulpauschale besteht aus einem bestimmten Betrag pro Kopf. Diese Pauschale könnte für eine Finanzierung der kommunalen Seite benötigt werden, wenn sie nicht durch andere Maßnahmen gebunden ist.

Herr Dr. Bernhauser verweist darauf, dass es sich bei dem Förderprogramm „1.000 Schulen“ um ein Investitionsprogramm handelt, in dem es eine einmalige Antragsfrist gebe. Er spricht sich für eine Antragstellung aus, um zumindest eine Option zu haben. Außerdem müsse die Stadt jeder Schule, die vom Land 100.000 € bekommt, ebenfalls 100.000 € zur Verfügung stellen. Dazu könne die Stadt Geld aus der Schulpauschale verwenden. Die interessierten Schulen müssten Zeit und Gelegenheit bekommen, Kontakt zu Trägern der Jugendhilfe herzustellen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst folgenden

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, für alle in Frage kommenden Schulen der Sekundarstufe I bis zu 100.000 € Fördergelder je Schule aus dem Landesprogramm „Ganzttagsoffensive 2010“ zu beantragen und entsprechende Baumaßnahmen umzusetzen

Frau Lehnert erklärt am Beispiel der GGS Schildgen, der Zustand der Toiletten sei aufgrund des Pflegezustands zufrieden stellend. In diesem Zusammenhang erinnert sie an die evangelische Grundschule Bensberg, für die eine ähnliche Formulierung gewählt wurde. Tatsächlich stanken diese Toiletten. Solche Beschreibungen tauchen mehrfach in der Vorlage auf; nur wenige Toilettenanlagen seien saniert worden. Sie bittet um Erläuterungen der Verwaltung zu solchen Begriffen wie „zufrieden stellend“.

Herr Dr. Miede verweist darauf, dass Toilettenanlagen häufig aufgrund missbräuchlicher Nutzungen durch Schüler ein permanentes Problem darstellen.

Herr Pütz erinnert an die durchgeführte Besichtigung; die Beschreibungen der Vorlage wurden aufgrund des optischen Zustands und des Geruchs gewählt. Sanierungen wie in Gronau oder Hand seien wünschenswert; diese Maßnahmen seien aber durch die erforderlichen Eingriffe in die Gebäudetechnik teuer.

Eine Prioritätenliste wurde erstellt; das Ziel war, diese Liste einvernehmlich zu erstellen.

Herr Dr. Miede regt an, in der nächsten Wahlperiode nochmals eine solche Besichtigungsfahrt durchzuführen und evtl. auf die Sekundarstufe I auszuweiten.

Frau Koshofer lobt Herrn Pütz. Schulen würden nach sehr vielen Daten beurteilt. Die Ergebnisse würden abgearbeitet.

Auf Anfrage von Frau Lehnert führt Herr Pütz aus, in der GGS Kippekausen sei die Feuchtigkeit durch Rohrleitungsbrüche entstanden. Der Schimmelbefall sei in der Folge saniert worden; Sporenbelastungen seien nicht aufgetreten.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

12 **Abschlussbericht des Jugendkulturprojektes 2008** **"Ansichten unserer Stadt mit den Augen der Jugend"**

Frau Lehnert bedankt sich bei Frau Binz für ihre Arbeit.

Auf Nachfrage Herrn Dr. Miedes, der sich unter Beifall des Ausschusses dem Lob anschließt, erklärt Frau Binz, das Anliegen des Kulturbüros ist es, Bewegung und vor allem Förderung in die Bildungs- und Kulturlandschaft der Stadt zu bringen. Es trägt mit seinen Projekten zur Vielfalt der städtischen kulturellen Bildungsangebote bei. In allen Projekten geht es immer um einen ganzheitlichen Ansatz, um Partizipation, Integration, Innovation und um Kooperation, Ressourcenbündelung und Nachhaltigkeit. Diesen Kriterien würde immer wieder begegnet. Das nächste Projekt wird sich dem Thema "Sprache" widmen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13 Abschlussbericht des Hexenprojektes

Die Vorlage wird unter Beifall des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

14 Jahresberichte 2007 der Bürgerzentren Steinbreche und Schildgen

Herr Kleine stellt unter Verweis auf die Ausführungen im Bericht des Trägervereins Bürgerzentrum Steinbreche e. V. verschiedene Anfragen, die von Herrn Mömkes wie folgt beantwortet werden:

Herr Mömkes bestätigt, dass die Tische und Stühle abgenutzt seien. Zwei Firmen wurden wegen des Ersatzes angeschrieben. Wenn die Antworten vorliegen, soll mit den Fachbereichen 8 und 4 darüber verhandelt werden, wie die Ersatzbeschaffung erfolgen soll. Mit Sicherheit könnten nicht alle Tische und Stühle gleichzeitig erneuert werden. Vielmehr müsse ein System gefunden werden, wie die Erneuerung über mehrere Jahre verteilt erfolgen kann.

Der Verlust an Geschirr liege in der Natur der Nutzung des Bürgerzentrums. Teilweise werde versucht, den Verursacher haftbar zu machen. Das gelinge in vielen Fällen, aber nicht in allen.

Die Unterstützung durch Herrn Bethe sei eher zufällig zustande gekommen, nachdem Herr Bethe den Vorstand bei Arbeiten im Außengelände angesprochen habe. Die Unterstützung wurde durch Anbringung einer Tafel an repräsentativer Stelle gewürdigt.

Innerhalb des Bürgerzentrums gibt es eine Sponsorenwand. Eine Vielzahl Firmen aus dem Stadtgebiet befestigen ein Sponsorenschild an dieser Wand und spenden dafür jährlich eine bestimmte Summe. Herr Bethe beteilige sich mit einer wesentlich größeren Summe als die übrigen Firmen.

Terminüberschneidungen seien nicht vermeidbar. Kleinere Veranstaltungen bis zu 100 Personen können nur im kleinen Saal abgehalten werden. Andere zu spät angemeldete Veranstaltungen können dann nicht mehr angenommen werden. In solchen Fällen werden Vermittlungen in der Nachbarschaft, z. B. in der Waldorfschule, versucht.

Herr Mömkes bestätigt auf Nachfrage Herrn Dr. Mieges, dass vom Veranstalter eine Kautions erhoben werde.

Herr Kleine bedankt sich unter Beifall des Ausschusses bei Herrn Mömkes stellvertretend für den Trägerverein für dessen Einsatz.

Eine Nachfrage von Frau Beisenherz-Galas beantwortet Herr Dr. Speer dahingehend, dass im städtischen Haushalt jährlich für Refrath 12.000 € veranschlagt sind.

Frau Koshofer vermisst eine Haushaltsaufstellung ähnlich wie für das Bürgerzentrum Schildgen. Dazu verweist Herr Mömkes auf den Vertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Trägerverein des Bürgerzentrums Steinbreche. Dieser Vertrag sieht die Vorlage eines Kassenberichtes nur auf Anforderung vor. Der Kassenbericht sei zwar fertig, er wurde aber nicht angefordert.

Herr Kleine bedauert, dass das Bürgerzentrum Schildgen regelmäßige Nutzer verloren habe.

Das Bürgerzentrum sei innen renoviert worden; das Erscheinungsbild habe sich innen verbessert. Er regt an, die Bank, die sich zur Müllabladestation entwickelt habe, zu entfernen.

Herr Dr. Speer beantwortet Herrn Kleines Fragen so, dass ein regelmäßiger Nutzer (FreSch) bestehende Verträge gekündigt hat. Der TuS Schildgen sei sehr bemüht, u. a. durch einen neu gestalteten Internetauftritt die Präsenz des Bürgerzentrums zu verbessern und die Einbrüche wettzumachen. Die angekündigten Außenrenovierungen beziehen sich auf das Jahr 2008 und werden 2009 im Bericht auftauchen. Herr Büsing habe ihm mitgeteilt, dass der TuS Schildgen eine Aktion Hausarbeitstag durchgeführt habe. Dabei wurden die wichtigsten Gebäudeseiten mit Farbe, die die Stadt gestellt habe, gestrichen.

Problem sei nicht die Sitzgruppe an sich, sondern deren Nutzer, die ihren Müll dort hinterlassen. Herr Büsing habe darauf verwiesen, dass eine Einzäunung des Geländes hinter dem Bürgerzentrum das Müllproblem etwas eindämmen könne.

(Auf Vorschlag Herrn Dr. Mieges wird die Mitteilung Herrn Büsings dem Protokoll als Anlage beigelegt.)

Frau Koshofer verweist auf die Anlage einer Böschung und die Aufstellung von Bänken auf dem unmittelbar angrenzenden Dorfplatz. Durch diese Maßnahmen verteilen sich die Nutzer, sodass auch dadurch eine Erleichterung für den TuS Schildgen eintreten könne.

Problematisch sei auch die Tätigkeit von Sprayern. Durch die Bepflanzung mit stacheligen Pflanzen könne deren Tätigkeit entgegengewirkt werden. Die Verschönerung des Dorfplatzes stehe zur Beratung im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr an. Auch diese Maßnahme werde zur Verbesserung der Situation beitragen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

15 **Annahme von Schenkungen an der Städtischen Galerie Villa Zanders**

Auf Anfrage Herrn Schneelochs erklärt Herr Dr. Speer, mit den Schenkungen sei keine rechtliche Verpflichtung verbunden, die Gaben in angemessener Form der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Selbstverständlich achte die Museumsleitung darauf, dass die Gaben ausgestellt werden, wenn der Rahmen passt.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Die Schenkungen werden mit einem ausdrücklichen Dank an die Stifter angenommen.

16 **Aktualisierung der "Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadtbücherei / Bildstelle der Stadt Bergisch Gladbach"**

Auf Anfrage von Frau Lehnert zur Frequentierung der Stadtbildstelle verweist Frau Lenz-Reichwein auf den Jahresbericht, der in der nächsten Sitzung vorgelegt wird.

Herr Mömkes erinnert daran, dass mit dem Bibliothekskonzept eine Änderung der Öffnungszeiten beschlossen wurde. Der Verzicht auf den Montagvormittag zugunsten des Samstags sei noch nicht umgesetzt worden. In diesem Zusammenhang sei ihm aufgefallen, dass die Tafel mit den Öffnungszeiten der Bücherei mit dicken schwarzen Balken versehen ist und teilweise ehemalige Öffnungszeiten aufweist.

Auf seine Fragen hin gibt ihm Frau Lenz-Reichwein hinsichtlich der Tafel Recht. Hinter den schwarzen Balken verbergen sich Angaben zum ehemaligen Spieleverleih. Zum Samstagsdienst verweist sie auf ihre Mitteilung, dass dieser sofort eingeführt werde, wenn die Personalverstärkung zur Verfügung steht. Dies sei abhängig von der Personalentwicklung im Progymnasium.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Die Änderungen der "Allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadtbücherei/Bildstelle" werden beschlossen.

17 **Erstellung eines Sportentwicklungsplanes**

Herr Dr. Speer erläutert die Vorlage.

Herr Willnecker erklärt, die CDU-Fraktion sei nicht grundsätzlich gegen den Sportentwicklungsplan. Dabei handelt es sich um eine langfristige Angelegenheit bis 2015. Seine Fraktion sei aber der Auffassung, dass die Kosten in Höhe von 60.000 € zu hoch seien und dazu eine Prüfung erfolgen müsse. Darüber hinaus müsse diese Angelegenheit auch in den Haushaltsberatungen diskutiert werden. Seine Fraktion spricht sich für eine Vertagung in die Haushaltsplanberatungen aus.

Herr Neu hält für die SPD-Fraktion diese Maßnahme grundsätzlich für sehr sinnvoll. Den Vereinen könnten so Grundlagen zur Verfügung gestellt werden. Wie die erforderlichen Konsequenzen aus einem solchen Plan umgesetzt werden, sei noch offen. Seine Fraktion befürworte den Beschlussvorschlag und die Berücksichtigung im Haushalt. Allerdings erscheinen auch der SPD-Fraktion die Kosten als hoch. Einer Vertagung könne er sich anschließen.

Frau Beisenherz-Galas spricht sich ebenfalls für eine Vertagung aus, da die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN noch dringenden Beratungsbedarf sieht. Ihre Fraktion sei nicht grundsätzlich gegen die Erstellung eines Konzeptes, die Kosten erscheinen ihr aber zu hoch.

Frau Koshofer zeigt sich für die FDP-Fraktion ebenfalls über die Kostenhöhe irritiert vor allem vor der Möglichkeit, dass dieser Plan dann möglicherweise nicht eingehalten oder gar nicht umgesetzt werde. Die meisten Daten würden vorliegen. Die Stadt könne diese Planung selbst leisten.

Herr Schneeloch sieht das Problem in mangelnden Kenntnissen über die Ziele eines Sportentwicklungsplanes. Dabei handele es sich um eine grundsätzliche langfristige Planung, die letztendlich der Stadt auch hohe Kosten erspart. Z. B. werden mit der Schaffung vieler Ganztagschulen Bedarfe der Vereine anders dargestellt, weil die Kinder nachmittags in der Schule sind. Auch auf Grund der demographischen Entwicklung ändert sich für Seniorengruppen der Raumbedarf. Mit dem Sportentwicklungsplan wird nach Ortsteilen getrennt eine Bestandserhebung durchgeführt und mit wissenschaftlichen Methoden begleitet sowie der zukünftige Bedarf prognostiziert. Für die Stadt bedeute dies eine Kostenersparnis für Doppelvorhaltungen und ähnliches. Der Betrag von 60.000 € sei zwar hoch aber nach seinem Dafürhalten angemessen.

Hinsichtlich eines Sportentwicklungsplanes und seiner Leistungsmöglichkeiten sieht Herr Schneeloch noch Informationsbedarf. Insofern sei eine Vertagung nicht schlecht.

Herr Mumdey verweist darauf, dass es sich um eine rein freiwillige Leistung der Stadt handelt. Es sei ohne weiteres möglich, erst später zu entscheiden.

Herr Willnecker betont, dass seine Fraktion nicht grundsätzlich dagegen sei, aber keine Dringlichkeit sehe. Es solle geprüft werden, ob es nicht einen preiswerteren Weg gebe.

Herr Kleine hält eine Entscheidung im Konsens für wichtig. Über die Bedenken wegen der Kosten sei sich der Ausschuss einig. Zukünftige Entscheidungen seien aber auf einer wissenschaftlichen Grundlage leichter zu treffen.

Herr Dr. Mieke hält eine Einbeziehung in die Haushaltsberatung für doppelgleisig. Er spricht sich für eine Vertagung in die nächste Sitzung und eine Prüfung der Kostengünstigkeit durch die Verwaltung aus.

Herr Gerhards möchte wissen, warum eine externe Vergabe nötig ist. Der Fachbereich 5 habe eine ähnliche Untersuchung in der integrierten Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung sehr fundiert und kleinteilig selbst geleistet.

Herr Dr. Mieke verweist zum Vergleich auf die Prüfaufträge und Gutachten, die im Bereich der Verkehrsplanung erstellt wurden. Er habe keine grundsätzlichen Bedenken, etwas Ähnliches auch für den Sport zu erstellen. Es sollte klar sein, dass ein Fachbereich nicht das leisten könne wie eine wissenschaftliche Begleitung und Überprüfung.

Herr Dr. Speer erklärt, dass für den Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplan mit Geburtsstatistiken eine sichere Datengrundlage zur Verfügung steht. Für den Sportentwicklungsplan fehle eine solche Datengrundlage. Ein vernünftiger Umgang mit den Ressourcen im Investivbereich sei nur aufgrund sicherer Daten möglich. Bei dem derzeitigen Personalbestand in der Sportverwaltung sehe er keine Möglichkeit, eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchzuführen oder entsprechende Workshops zu leisten.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung soll prüfen, ob eine kostengünstigere Lösung möglich ist. Dies schließt die Prüfung ein, ob die Verwaltung die Arbeit mit eigenen Kräften erledigen kann und ob das sinnvoll ist. Der Punkt wird in die nächste Sitzung vertagt. Der Prüfauftrag umfasst auch eine Überprüfung der Definition eines Sportentwicklungsplanes.

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung wissenschaftlicher Begleitung, eine Sportentwicklungsplanung für Bergisch Gladbach durchzuführen und den

Sportentwicklungsplan bis Ende 2009 dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

18 "Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach"

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Die Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach wird entsprechend der Anlage beschlossen.

19 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.08.2008 zur Nutzung der alten Feuerwache

Frau Koshofer erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Die FDP-Fraktion sei mit der Verweisung an den Hauptausschuss einverstanden, ohne dass der Antrag als durchlaufender Posten angesehen werden sollte.

Herr Mömkes erklärt, die CDU-Fraktion stehe grundsätzlich einer kulturellen Nutzung städtischer Immobilien nicht negativ gegenüber. Eine solche Nutzung sei im Gegenteil sehr wichtig, sofern eine solche Nutzung angebracht und finanzierbar sei und ein Träger zur Verfügung stehe. Die Nutzung speziell der Immobilie „Alte Feuerwache“ sei aber schwierig, weil die gesamte Planung im Verkehrs- und im Parkbereich dort noch völlig offen sei. Damit sei auch die zukünftige Nutzung dieser Immobilie noch völlig offen. Bevor nicht andere Rahmenbedingungen klar seien, sei eine Vorfestlegung nicht möglich. Der derzeit laufende Regionale-Prozeß verbiete Festlegungen, die eine Weiterentwicklung dieses Bereiches präjudizieren. Herr Mömkes beantragt, den Antrag nicht in den Hauptausschuss zu verweisen, sondern zu vertagen, bis der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport erneut darüber berät, wenn die Rahmenbedingungen für den Stadtkulturgarten deutlicher erkennbar

sind.

Herr Kleine unterstützt diese Ausführungen. Grundsätzlich sei jede Initiative, die den Wohnwert steigert, zu unterstützen. Dabei sei jedoch der Zusammenhang zu sehen. Die regionale 2010 und die Stadtentwicklung insgesamt seien dabei ganz wesentlich. Die SPD-Fraktion spreche sich gegen einen Beschluss aus, mit dem sich der Ausschuss heute schon festlege. Ihm stelle sich die Frage, ob die Entscheidung vertagt werden solle oder ob sich die Fraktionen nochmals damit befassen. Die SPD-Fraktion konnte sich mit dem Antrag noch nicht ganz ausführlich befassen.

Frau Appel verweist darauf, dass sich die Gandenkirche mit ihren Gebäuden neben der Alten Feuerwache befindet und sich die evangelische Kirchengemeinde Bergisch Gladbach schon deshalb mit diesem Thema befasst. Ihr sei wichtig, dass die Kirchengemeinde in die Planungen einbezogen wird. Dazu verweist Herr Dr. Miede darauf, dass neben der evangelischen Kirche noch andere Privateigentümer über Grundbesitz in diesem Bereich verfügen. Für die weitere – auch verkehrliche – Entwicklung sei Grunderwerb erforderlich. Dies sei für seine Fraktion Grund dafür gewesen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung zu treffen.

Frau Beisenherz-Galas verweist auf vorliegende konkrete Pläne zum Abriss der Feuerwache. Ihrer Fraktion sei ein Konsens darüber wichtig, solches zu verhindern. Mit einem Abriss seien alle Überlegungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion hinfällig. Eine Nutzung der Feuerwache sei z. B. für die freie Kulturszene, die noch nicht über ein Gebäude verfüge, oder eine soziale Nutzung mit Büro- oder Geschäftsräumen evtl. für Vereine und Gruppen, die im alten Arbeitsamt untergebracht sind, denkbar. Über eine weitere Planung könne dann immer noch nachgedacht werden.

Herr Mömkes befürchtet, dass mit einer Festlegung auf den Erhalt dieses Gebäudes eine offene Entwicklung in diesem Bereich verhindert wird.

Herr Kleine hält die hinter den Anträgen steckende Idee nicht für schlecht, sieht in der Verwirklichung ausgerechnet an dieser Stelle einen Bärenienst für die Stadt.

Herr Gerhards verweist darauf, dass der Inhalt des Antrages die Prüfung einer Möglichkeit innerhalb des Regionale-Prozesses sei. Über das Ergebnis dieser Prüfung solle die Verwaltung berichten. Herr Dr. Miede sieht darin einen vernünftigen Vorschlag.

Herr Dr. Kerschner schließt sich den Ausführungen Herrn Gerhards' an. Ihm sei wichtig, dass die Idee nicht während der Gesamtplanung untergeht.

Herr Neu begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen. Eine Entscheidung falle ohnehin im Rahmen der Stadtentwicklung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, eine mögliche Nutzung des Gebäudes der „Alten Feuerwache“ zu prüfen und das Ergebnis dem Ausschuss für

**Antrag der FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Sitzes für den
Stadtspportverband im ABKSS**

Frau Koshofer begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Herr Mömkes hält eine Diskussion über eine Änderung der Zusammensetzung dieses Ausschusses nicht für sinnvoll. Nächstes Jahr werde ohnehin über Änderungen bei den Ausschüssen nachgedacht. In diesem Zusammenhang könne der Antrag der FDP-Fraktion nochmals beraten werden. Eine Entscheidung habe sowieso erst für die neue Ratsperiode Gültigkeit.

Herr Neu teilt diese Auffassung. Er erinnert daran, dass ein solcher Antrag schon einmal beraten wurde. Seinerzeit wurde von der Idee Abstand genommen, weil aus der Reihe der Fraktionen weitere Vorschläge zur Ergänzung der Ausschüsse vorgetragen wurden.

Frau Beisenherz-Galas unterstützt den Antrag, da sich die Situation geändert habe. Hintergrund sei die Planung zum Sportentwicklungsplan, für den eine Beteiligung zumindest mit Rederecht sinnvoll sei.

Herr Gerhards erklärt, Hinweise auf andere Begehrlichkeiten konnte er schon seinerzeit nicht nachvollziehen. Dieser Ausschuss sei für vier Themengebiete zuständig. Wenn für jeden Themenbereich ein Stadtverband einen Vertreter in den Ausschuss entsenden würde, sei dies unproblematisch und führe nicht zu einer unnötigen Aufblähung des Ausschusses.

Er könne nicht nachvollziehen, wieso die Entscheidung ein Jahr vertagt werden soll. Werde die Entscheidung jetzt getroffen, könne der Vertreter noch an den sportpolitischen Themen mitarbeiten.

Herr Dr. Miede verweist auf die Vorlage. Er erklärt insbesondere, dass die Vertreter der Kirchen dem Ausschuss auf Grund einer gesetzlichen Regelung angehören.

Die gewünschte Vertagung beruht darauf, dass die Zuständigkeitsordnung im nächsten Rat ohnehin beraten und verändert wird. Er halte den Kompromissvorschlag einer Vertagung in den neuen Rat für sinnvoller als eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt.

Herr Mömkes verweist auf die unbefriedigende Möglichkeit, jetzt zusätzliche Mitglieder in den Ausschuss aufzunehmen, die dann aufgrund einer gegensätzlichen Entscheidung für die neue Wahlperiode nicht mehr im Ausschuss vertreten seien.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen fünf Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag der FDP-Fraktion zur Einrichtung eines Sitzes für den Stadtsportverband im ABKSS wird abgelehnt.

21 **Antrag der FDP-Fraktion vom 25.08.2008 zur Erstellung eines Konzeptes für die Nutzung der städt. Sporthallen in den Ferien**

Herr Gerhards begründet den Antrag seiner Fraktion. Es handele sich um einen Prüfauftrag, der auch im Rahmen des Sportentwicklungsplanes beraten werden könne.

Herr Neu berichtet aus eigener Erfahrung, dass die Turnvereine schon in der Vergangenheit die Turnhallen während der Ferienzeiten gern genutzt hätten. Dieses Angebot sei aber nicht angenommen worden. Er sei zwar gegen eine generelle Lösung; Vereine, die Bedarf hätten, sollten sich aber an die Verwaltung wenden.

Herr Dr. Miede macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Antrag **nicht** um einen Prüfauftrag handle. Die Verwaltung könne mit einleuchtender Begründung die Nutzung der Hallen während der Ferienzeiten nicht befürworten. Er halte es für sinnvoll, die Sportvereine auf entsprechende Überlegungen hinzuweisen und im gezielten Einzelfall zu erörtern. Er stellt im Einvernehmen mit Herrn Gerhards fest, dass dieser Antrag in die Überlegungen zum Sportbedarfsplan aufgenommen wird.

Über diese Vorgehensweise bestand im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport Einvernehmen.

22 **Anträge der Fraktionen**

Herr Dr. Miede verweist auf einen verteilten Antrag, bei dem es sich um ein kurzfristiges Ergebnis von Beratungen von konkreten Bitten von Bürgerinnen und Bürgern handelt. Dabei handelte es sich um eine Bitte um Prüfung, ob das

Schwimmbad Mohnweg morgens zwischen 6.00 Uhr und 7.30 Uhr geöffnet werden könne.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Prüfauftrag wird angenommen.

Weitere Anträge liegen nicht vor.

23 Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Beisenherz-Galas

Meine Anfrage betrifft die Ausbildungsplatzsituation der Bibliothek im Forum. Wie viele Personen sind in den vergangenen Jahren dort ausgebildet worden? Wie viele werden jetzt ausgebildet? Wie ist die zukünftige Planung? Diese Fragen betreffen auch die Stellen für Praktikanten und Praktikantinnen.

Frau Lenz-Reichwein erklärt, sie habe die Zahlen für die Vergangenheit leider nicht präsent. Diese Zahlen würden schriftlich nachgereicht.

In den letzten acht Wochen leisteten zwei angehende Studenten ihr Erprobungspraktikum ab. Dabei handelt es sich um ein Pflichtpraktikum für werdende Studenten an der Fachhochschule für Bibliothekswesen, die ein vierwöchiges Praktikum an einer öffentlichen Bibliothek absolvieren müssen. Während dieser vier Wochen sollen sie Gelegenheit haben festzustellen, ob das Studium das ist, was sie sich vorgestellt haben. Anträge zu diesen Praktika können schlecht abgelehnt werden.

Einmal jährlich wird für ein halbes Jahr ein Praktikum angeboten. Dabei handelt es sich ebenfalls um ein Pflichtpraktikum. Während des laufenden Studiensemesters (im 6./7. Semester) müssen die Studenten an einer öffentlichen Bibliothek ein halbjährliches Praktikum absolvieren. Dafür stellt die Stadt in der Regel ein bis zwei Plätze zur Verfügung.

Angaben zur Ausbildungssituation werden schriftlich nachgereicht.

Frau Scheerer

Dem Heft des Städte- und Gemeindebundes habe ich entnommen, dass es zwischen Land und Kommunen eine einvernehmliche Regelung zur Wartung von Schul-PCs gibt. Diese sehe so aus, dass einfache Fehler von geschulten Lehrkräften behoben werden. Sei dies nicht möglich, trete ein IT-Dienstleister des Schulträgers zur Behebung der Störung in Aktion. Dies gebe beiden Seiten – Schulen und Schulträger

– Klarheit und Sicherheit bei der Pflege und Wartung von Computern in Schulen. Was ist an dieser Regelung neu? Diesen Stand hatten wir immer schon, dass bei Schulcomputern erst mal geschultes Personal Geräte repariert. Ich erinnere mich, dass eine halbe Stelle für Reparaturen von Schulcomputern zur Verfügung stand. Die Medienausstattung an den Schulen wird aber immer größer. Nach meiner Erfahrung nimmt die Zahl der Reparaturen mit der Nutzungshäufigkeit zu. Sieht die Stadt vor, diese Stelle aufzustocken? Wie ist der Bedarf an den Schulen? Ich weiß, dass der Bedarf an vielen Schulen sehr hoch ist.

Herr Pütz berichtet, die Stadt habe einen Wartungsvertrag mit NetCologne. Habe eine Schule Probleme, rufe sie dort an. Dann würde der Fehler behoben. Weil dieses Verfahren jetzt seit einem Jahr laufe, wurden alle Schulen vor den Sommerferien angeschrieben und um Erfahrungsberichte gebeten. Nach Rückmeldung der Schulen funktioniere das Verfahren im Großen und Ganzen.

Herr Dr. Mieke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.28 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführerin